

Antrag 109/I/2021**Konsolidierte Fassung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Bildungsgerechtigkeit während und nach der Corona-Pandemie sicherstellen!**

1 *(Konsolidierte Fassung der Anträge 21/I/2021, 22/I/2021,*

2 *23/I/2021, 26/I/2021)*

3

4 Die Corona-Pandemie stellt uns weiterhin vor große Her-
5 ausforderungen, die den Schulbetrieb an vielen Stellen
6 erschweren. In dieser Krisensituation braucht es voraus-
7 schauende Konzepte, um dafür zu sorgen, dass Lernen
8 und Lehren durch die Einhaltung von Infektionsschutz-
9 maßnahmen unter größtmöglicher Wahrung des Gesund-
10 heitsschutzes aller Beteiligten in Schule ermöglicht wer-
11 den kann. Dafür müssen bestehende Maßnahmen verсте-
12 tigt und ergänzende Maßnahmen ergriffen werden. Unser
13 Ziel, die Bildungschancen für jedes Kind unabhängig der
14 Herkunft oder des sozio-ökonomischen Status der Eltern
15 zu gewährleisten, bleibt auch in einer Pandemie unange-
16 tastet bestehen. Wir wollen die beste Bildung für Berlin.
17 Das bedeutet, dass Berlins Bildungseinrichtungen ganz-
18 heitlich gut durch die Krise kommen und gleichzeitig qua-
19 litativ weiterentwickelt werden. Dieser Spagat wird nur
20 gelingen, wenn wir mit allen an Bildung beteiligten Ak-
21 teur*innen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und alle
22 schulorganisatorischen Möglichkeiten ausschöpfen. Der
23 vorliegende Antrag versucht, bildungspolitische Lösungen
24 zu skizzieren, die zum Bildungserfolg in Berlin auch wäh-
25 rend der Corona-Pandemie beitragen können. Gerade weil
26 wir uns aktuell in einer unsicheren Situation befinden, ist
27 es umso wichtiger, Maßnahmen langfristig zu planen und
28 auch zielorientiert umzusetzen. Dennoch ist uns bewusst,
29 dass es aufgrund der hohen Dynamik in der Pandemie
30 auch weiterhin notwendig sein wird, erforderliche Maß-
31 nahmen kurzfristig zu ergreifen und den Infektionsschutz
32 fortlaufend weiterzuentwickeln.

33

34 Um die sozialemotionalen Herausforderungen, die durch
35 die Pandemie entstanden sind, aufzufangen, wollen wir
36 zusätzliche außerschulische Freizeitangebote für Kinder
37 und Jugendliche schaffen.

38

39 Hygienevorkehrungen weiterentwickeln

40

41 Die Öffnung der Schulen muss immer unter differen-
42 zierter Abwägung der vorherrschenden Infektionslage
43 entschieden werden. Die Entscheidung einer (teilweise)
44 Schulöffnung soll mithilfe eines Corona-Stufenplans er-
45 folgen, der sich am aktuellen Infektionsgeschehen orien-
46 tiert. Um die Gesundheitsrisiken für alle Schüler*innen
47 und das pädagogische sowie nicht-pädagogische Perso-
48 nal an den Schulen zu minimieren, braucht es einer konti-

49 nuierlichen Schutz-Ausstattung.

50

51 Der Schutz aller Beteiligten, die sich auf dem schulischen
52 Gelände, insbesondere aber in den Klassenräumen auf-
53 halten, wo es notwendigerweise zu einer Ansammlung
54 von Menschen kommt, muss an oberster Stelle stehen.

55

56 Deshalb fordern wir die SPD-Mitglieder der Abgeord-
57 netenhausfraktion sowie die SPD-Senator*innen für Bil-
58 dung, Jugend und Familie, für Gesundheit, Pflege und
59 Gleichstellung sowie für Finanzen auf, folgende bedarfs-
60 gerechte Ausstattung an allen Berliner Schulen zu Sicher-
61 stellung des Präsenzunterrichts zu organisieren:

- 62 • zusätzliche und kontinuierliche Lieferungen von
63 medizinischen Masken für den täglichen Gebrauch
64 in der Schule für alle Beteiligten
- 65 • verpflichtende Schnell- und Selbsttests an Schulen,
66 sodass jedem*r Schüler*in und jeder Dienstkraft per-
67 spektivisch eine tägliche Testung ermöglicht wird –
68 aktuell aber mind. zweimal pro Woche
- 69 • Verstetigung und Ausweitung der Beschäftigung
70 von Medizinstudierenden als Unterstützungskräfte
71 bei der Testdurchführung an Schulen

72

73 Wir begrüßen, dass das gesamte Personal an den Grund-
74 und Förderschulen bereits eine Impfeinladung erhalten
75 hat. Darüber hinaus fordern wir, dass den Lehrkräften an
76 weiterführenden und beruflichen Schulen bei Absage be-
77 reits vereinbarter Impftermine mit Astrazeneca zeitnah
78 ein erneutes Impfangebot gemacht wird, sobald ausrei-
79 chende Impfstofflieferungen eingetroffen sind.

80

81 **Bildungsgerechtigkeit sicherstellen und Inhalte anpassen**

82 Durch Wechselunterricht und Lockdown waren Schü-
83 ler*innen, die sonst in angespannten Familien- und Wohn-
84 verhältnissen leben müssen, noch stärkeren psychischen,
85 sozialen und gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt.
86 Es ist zudem davon auszugehen, dass bei einer Vielzahl
87 von Schüler*innen Lernlücken entstanden sind. Besonders
88 trifft das die Jahrgänge 7, 8 und 9, welche seit vier Mona-
89 ten nicht mehr vor Ort in der Schule waren. Hinzu kommt,
90 dass neben dem Unterrichtsstoff auch Angebote der Be-
91 ruforientierung stark eingeschränkt waren bzw. teilwei-
92 se weggefallen sind. Die vorgesehenen (Betriebs-)Praktika
93 mussten in den vergangenen Wochen ausfallen und soll-
94 ten nach schulorganisatorischen Möglichkeiten nachge-
95 holt werden. Gerade diese Phase ist aber für Schüler*in-
96 nen wichtig, um erste Berührungspunkte für ihrer beruf-
97 liche Zukunft zu haben.

98

99 Durch das Distanzlernen wurde die Vermittlung fachli-
100 cher Inhalte erschwert. Auch wenn es viele Berliner Schu-
101 len gab, die in den vergangenen Monaten flexibel, schnell

102 und auch mit Erfolg alternative Unterrichtsangebote auf
103 die Beine gestellt haben, kann nicht davon ausgegangen
104 werden, dass alle im Rahmenlehrplan vorgesehenen Lern-
105 inhalte vermittelt wurden. Um einen genauen Überblick
106 über den anzunehmenden Lernrückstand zu erhalten,
107 können bereits freiwillig die auch online zur Verfügung
108 gestellten Diagnoseinstrumente wie ILeA plus in den Fä-
109 chern Deutsch und Mathematik, der Lesecheck, VERA 3 so-
110 wie VERA 8 genutzt werden. Zentral bereitgestellte Lern-
111 standserhebungen sollen jedoch spätestens zum neuen
112 Schuljahr verpflichtend durchgeführt werden. Die Ergeb-
113 nisse müssen genutzt werden, um den Fachunterricht und
114 Förderungsmaßnahmen entsprechend auszurichten. Zur
115 Behebung der diagnostizierten Lernlücken müssen un-
116 ter Nutzung der Bundesmittel entsprechende Programme
117 der Lernförderung etabliert werden. Die Lernförderung
118 muss dabei in Zusammenarbeit mit Lehramtsstudieren-
119 den, Nachhilfe-Instituten, freien Trägern der Lernförde-
120 rung und anderen Bildungseinrichtungen entlang vorher
121 festgelegter Standards und den Unterricht ergänzender
122 Inhalte erfolgen. Neben den Unterrichtsinhalten wurden
123 insbesondere wichtige soziale Kompetenzen während des
124 Distanzunterrichtes vernachlässigt. Die Pädagog*innen
125 sollten daher in der Schule auch darauf einen Fokus legen.
126

127 Deshalb fordern wir:

- 128 • zentral bereitgestellte, verpflichtende und flächen-
129 deckend durchgeführte Lernstandserhebungen an
130 allen Berliner Schulen
- 131 • dass die Lernrückstände im Rahmen freiwilliger An-
132 gebote in den Ferien („Sommerschule“, „Herbst-
133 schule“) ausgeglichen werden können und entspre-
134 chende Angebote möglichst vielen Schüler*innen
135 zur Verfügung stehen
- 136 • passende Angebote zur Durchführung der Berufs-
137 orientierung für die betreffenden Jahrgänge in den
138 Sommerferien und Sicherstellung dieser für das
139 Schuljahr 2021/2022
- 140 • ein Konzept zur Behebung der Lernrückstände:
141 es sollen die Bundesmittel zielgerichtet eingesetzt
142 werden, um eine Verzahnung von schulischen und
143 außerschulischen Angeboten im Ganztage zu ermög-
144 lichen
- 145 • klare Vorgaben seitens der Verwaltung zur Redu-
146 zierung der Rahmenlernpläne und damit einherge-
147 hender Abänderungen der Prüfungsinhalte ab dem
148 Schuljahr 2021/2022 („Mindestrahmenlehrplan“)

149

150 **Verbesserte Rahmenbedingungen in und Förderung von** 151 **Bildungseinrichtungen**

152 Der Bildungsweg beginnt bereits vor der Schulzeit. Wir
153 denken Bildung ganzheitlich und wollen all jene bes-
154 ser unterstützen, deren Zugang zu Bildung erschwert ist.

155 Daher fordern wir deutlich verbesserte Bedingungen in
156 den Kindertageseinrichtungen in Bezirken mit vielen bil-
157 dungsbenachteiligten Familien. Da schließt eine spürba-
158 re Erhöhung der Gehälter von allen Pädagog*innen mit
159 ein, für die wir weiterhin kämpfen. Außerdem muss die
160 Zusammenarbeit mit Eltern, etwa durch Stadtteilmütter
161 oder über das Quartiersmanagement intensiviert wer-
162 den. Die Kapazitäten der Kindergärten, etwa für den per-
163 sonellen Mehraufwand, für Sprachförderkräfte oder Lo-
164 gopäd*innen, müssen schnellstmöglich deutlich erhöht
165 werden. Zusätzlich muss das Bundesprogramm „Sprach-
166 Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ verstetigt
167 werden. Das Land Berlin soll dabei finanziell unterstützen
168 und den Betreuungsschlüssel weiter senken.

169

170 Gleichzeitig müssen wir Kindertagesstätten in der Pande-
171 mie verstärkt schützen. Eine Schutz-Ausstattung wie an
172 Schulen ist ebenso zwingend notwendig wie regelmäßige
173 Tests, die vor allem anlassbezogen durchgeführt werden.
174 So könnte sichergestellt werden, dass alle Kinder in die Ki-
175 ta gehen können. Zudem muss ein Ansteckungsrisiko für
176 Erzieher*innen minimiert werden. Wir begrüßen, dass be-
177 reits dem gesamten Personal in den Kindertageseinrich-
178 tungen und in der Kindertageseinrichtung ein Impfange-
179 bot unterbreitet wurde.

180

181 Mit der Einstellung von Quer- und Seiteneinsteiger*in-
182 nen ist es gelungen, dass die Einstellungszahlen bei den
183 Lehrer*innen in Berlin trotz des bundesweiten Lehrkräf-
184 temangels den Bedarf zu decken. Dennoch brauchen wir
185 eine gerechtere Verteilung der Quer- und Seiteneinstei-
186 ger*innen, damit ein ausgewogenes Verhältnis von neu-
187 en und fachfremden sowie erfahrenen Kolleg*innen gege-
188 ben ist. Eine gerechtere Verteilung muss dazu führen, dass
189 die Schulen in besonders sensiblen Bereichen (Klassenlei-
190 tung, Lernanfänger-Klassen) grundsätzlich auf grundstän-
191 dig ausgebildete Lehrkräfte zurückgreifen können.

192

193 Um die Qualität zu verbessern, muss Berlin ein attrak-
194 tiver Arbeitgeber für Lehrkräfte sein, daher müssen die
195 Arbeitsbedingungen verbessert werden: Entlastung von
196 Verwaltungsaufgaben, erweiterte Möglichkeiten für Fort-
197 und Weiterbildung der Lehrkräfte schaffen und verlässli-
198 che Schulreinigung sicherstellen. Es ist ein wichtiger sozi-
199 aldemokratischer Erfolg, dass unterdessen an allen Berli-
200 ner Schulen Verwaltungsleitungen, IT-Kräfte und Schulso-
201 zialarbeiter*innen im Einsatz sind. Diese multidisziplinä-
202 ren Teams gilt es zu stärken und weiter auszubauen.

203

204 In der Pandemie werden die Schulen und vor allem die
205 pädagogischen Fachkräfte von neu eingestellten Studie-
206 renden als pädagogische Hilfskräfte sowie Medizinstudie-
207 renden als Gesundheitscoaches unterstützt. Wir fordern,

208 dass diese Stellen für die Dauer der Pandemie verstetigt
209 werden.

210

211 Daher fordern wir:

- 212 • die Verstetigung des Bundesprogramms „Sprach-
213 Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“
- 214 • Schnell- und Selbsttests für das Personal und kind-
215 gerechte Schnell- und Selbsttests für anlassbezoge-
216 ne Tests von Kindern in den Kindertagesstätten
- 217 • mehr multidisziplinäres Personal für die Schulen,
218 um Lehrkräfte von anderen Aufgaben zu entlasten
- 219 • die Verstetigung der eingestellten Studierenden als
220 pädagogische Hilfskräfte sowie Medizinstudieren-
221 den als Gesundheitscoaches bis zum Ende der Pan-
222 demie

223

224 **Die Chancen der Digitalisierung nutzen**

225 Die Digitalisierung verändert die Art und die Inhalte des
226 Lernens der Kinder und Jugendlichen. Es ist die Aufgabe
227 der Bildungspolitik, die Voraussetzungen dafür zu schaf-
228 fen. Ein Breitbandanschluss für jede Schule ist dabei ein
229 Mindeststandard. Wir fordern, dass allen Schüler*innen
230 Zugang zu digitalen Endgeräten ermöglicht wird. Die Pro-
231 gramme aus dem Digitalpakt Schule und dem Zusatzpro-
232 gramm für die digitale Ausstattung müssen zügig an allen
233 Berliner Schulen umgesetzt werden. Reibungsverluste, die
234 durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bezirk
235 und Senat entstehen, müssen durch klare Verantwortlich-
236 keiten abgebaut werden. Die Gelder müssen durch die
237 Schulträger schneller abgerufen werden.

238

239 In den letzten Monaten haben viele Lehrer*innen sich um-
240 fassend im Bereich digitaler Lernkonzepte fortgebildet.
241 Diese Qualifizierung weiterzuführen ist eine der heraus-
242 ragenden Aufgaben der Bildungspolitik.

243

244 Daher fordern wir:

- 245 • Wir fordern daher die Einführung eines Landesbil-
246 dungsinstituts für Schule, das sich um die Durch-
247 führung und Steuerung aller Maßnahmen der Aus-
248 , Fort- und Weiterbildung für alle Beschäftigten im
249 Berliner Schulsystem kümmert und dabei die Digi-
250 talisierung an allen Berliner Schulen schwerpunkt-
251 mäßig begleitet
- 252 • die Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich
253 der digitalen Bildung auszubauen
- 254 • dass Lehrkräfte ab dem kommenden Schuljahr
255 2021/2022 an mindestens zwei verpflichtenden
256 Fortbildungen, darunter eine zur digitalen Bildung,
257 aus einem Pool von Fortbildungsangeboten jährlich
258 teilnehmen müssen

259

260 **Sprachbildung intensiveren**

261 Es bedarf verbesserter Bedingungen für Bildungseinrich-
262 tungen in den Bezirken mit vielen bildungsbenachteilig-
263 ten Familien. Dazu gehören Programme, die die Zusam-
264 menarbeit mit den Familien möglich machen und Fami-
265 lien intensiver begleitet werden können (Stadtteil*eltern,
266 Quartiersmanagement). Die guten bestehenden institu-
267 tionellen Ressourcen im Bereich Sprachförderung müssen
268 zusammengeführt werden. Mehrsprachige Kinder müs-
269 sen zwingend beim Erwerb der deutschen Sprache um-
270 fassend gefördert werden. Gleichzeitig erkennen wir, dass
271 Berlin vielfältig und divers ist und es daher mehr vielspra-
272 chiger Unterrichts- und Lehrmittelangebote bedarf. Wo-
273 durch der Zugang besser ermöglicht, Spracherwerb ver-
274 einfacht wird und auf die jeweiligen Sprachbedürfnisse
275 der Schüler*innen eingegangen werden kann.

276

277 Bis zum Ende des Kindergartens sollen sich die Kinder so
278 sicher mit der deutschen Sprache fühlen, dass diese in der
279 Grundschule und in der weiterführenden Schule keine un-
280 überwindbare Barriere oder zusätzliche Hürde mehr für
281 sie darstellt. Kinder mit erhöhtem Förderungsbedarf sol-
282 len an Schulen diskriminierungsfrei Zugang zu Sprachför-
283 derung erhalten. Gleichzeitig ist die Familiensprache in
284 Form von Materialien, Vorlesenden in der Familienspra-
285 che oder auch zentralen Buchempfehlungen in den Kin-
286 dergärten und Schulen sichtbar zu machen. Die Rahmen-
287 bedingung und Orientierung für die Umsetzung, muss die
288 Senatsverwaltung, verbindlich für alle Kindergärten und
289 Schulen, setzen.

290

291 Damit für alle Kinder die gleichen Bildungschancen gel-
292 ten, muss auf die unterschiedlichen Situationen und Her-
293 ausforderungen der Kinder eingegangen und alles dar-
294 angesetzt werden, sie bestmöglich zu unterstützen und
295 allen Kindern frühzeitige Grundlagen für ihren späteren
296 Bildungsweg mitzugeben. Für die Durchsetzung und be-
297 darfsgerechten Planung der Förderungen bedarf es ei-
298 ner verbindlichen Datengrundlage. Daher muss zunächst
299 die Doppelungen in der Sprachstanderhebung vermieden
300 werden und die systematische Zusammenführung von
301 Daten für eine bedarfsgerechte Planung der Förderinstru-
302 mente realisiert werden. Die bestehenden institutionel-
303 len Ressourcen im Bereich Sprachförderung müssen zu-
304 sammengeführt werden (ZeS , ZAS, BeKi , IQB, ANE). Die
305 erhobenen Daten müssen mit den Ergebnissen der Schul-
306 eingangsuntersuchung verknüpft werden.

307

308 Daher fordern wir:

- 309 • die Planung und Einführung eines diskriminierungs-
310 freien, für alle Kinder gleichermaßen geltenden
311 Tests, dessen Ergebnis für die Förderung in Kita und
312 Schule nutzbar gemacht werden kann.

313